

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [BADV, RL 96/67/EG: Vereinbarung von Zugangsentgelten zu den Flughafeneinrichtungen](#)
Urteil 14.07.2011, III ZR 200/10
2. [WEG: Heizkörper und -leitungen als Teil des Sondereigentums](#)
Urteil 08.07.2011, V ZR 176/10
3. [InvG: Eintragung der Verfügungsbefugnis einer Kapitalanlagegesellschaft](#)
Beschluss 30.06.2011, V ZB 200/10
4. [SGB X, OEG, BVG: Geltung des Familienprivilegs bei Forderungsübergang](#)
Urteil 28.06.2011, VI ZR 194/10
5. [VOB/B: Ausgleichsanspruch bei Mengensteigerung im Pauschalvertrag](#)
Urteil 30.06.2011, VII ZR 13/10
6. [BGB, WEG: Verjährung von Ansprüchen wegen Beschädigung des Gemeinschaftseigentums](#)
Urteil 29.06.2011, VIII ZR 349/10
7. [InsO, EGZPO: Streitschlichtung vor Klage auf Feststellung zur Insolvenztabelle](#)
Urteil 09.06.2011, IX ZR 213/10
8. [BGB: Aufklärung der anlageberatenden Bank über Rückvergütung](#)
Beschluss 19.07.2011, XI ZR 191/10
9. [EGBGB: Gütertrennung bei Eheschließung auf Mauritius](#)
Urteil 13.07.2011, XII ZR 48/09
10. [FamFG, ZPO: Meistbegünstigungsgrundsatz bei Anwendung falschen Verfahrensrechts](#)
Beschluss 06.07.2011, XII ZB 100/11
11. [FamFG, BGB: Bestellung eines Verfahrenspflegers bei Aufhebung der Betreuung](#)
Beschluss 29.06.2011, XII ZB 19/11
12. [StGB: Zungenkuss als beischlafähnliche Handlung](#)
Beschluss 14.04.2011, 2 StR 65/11
13. [BNotO, BDG: Disziplinarverfahren gegen ausgeschiedenen Notar](#)
Beschluss 18.07.2011, NotSt (Brfg) 1/11
14. [VwGO, BNotO: Fortsetzungsfeststellungsklage in verwaltungsrechtlichen Notarsachen](#)
Beschluss 18.07.2011, NotZ (Brfg) 10/10

Urteile und Beschlüsse:

1. BADV, RL 96/67/EG: Vereinbarung von Zugangsentgelten zu den Flughafeneinrichtungen

Urteil 14.07.2011, III ZR 200/10

BGB § 134; BADV § 9 Abs. 3; AEUV Art. 288 Abs. 3; Richtlinie des Rates 96/67/EG vom 15. Oktober 1996 Art. 16 Abs. 3

a) Zum Anspruch eines Bodenabfertigungs-Dienstleisters gegen eine Luftverkehrsgesellschaft auf Weiterberechnung der ihm von der Flughafengesellschaft berechneten Benutzungsentgelte für den Zugang zu den Flughafeneinrichtungen.

b) Soweit in § 9 Abs. 3 Satz 2 BADV bestimmt ist, dass die Höhe des Entgelts nach sachgerechten, objektiven, transparenten und nichtdiskriminierenden Kriterien festzulegen ist, setzt diese Bestimmung Art. 16 Abs. 3 der Richtlinie 96/67/EG hinreichend in das nationale Recht um.

c) § 9 Abs. 3 Satz 2 BADV verbietet im Sinne des § 134 BGB die Vereinbarung von Zugangsentgelten zu den Flughafeneinrichtungen, die nicht nach sachgerechten, objektiven, transparenten und nichtdiskriminierenden Kriterien festgelegt sind.

2. WEG: Heizkörper und -leitungen als Teil des Sondereigentums

Urteil 08.07.2011, V ZR 176/10

WEG § 5 Abs. 2, § 22 Abs. 3

a) Heizkörper und dazugehörige Leitungen zum Anschluss an eine Zentralheizung können durch Teilungserklärung oder nachträgliche Vereinbarung dem Sondereigentum zugeordnet werden. Sondereigentum sind dann vorbehaltlich ausdrücklicher anderweitiger Regelung in der Teilungserklärung auch Heizungs- und Thermostatventile und ähnliche Aggregate.

b) Bei der Gesamterneuerung der Zentralheizung einer Wohnanlage muss den Wohnungseigentümern angemessene Zeit zur Umstellung der in ihrem Sondereigentum stehenden Heizkörper und Anschlussleitungen gegeben werden. Danach können sie von der erneuerten Heizungsanlage abgetrennt werden, wenn die alten Geräte mit der neuen Anlage nicht (mehr) kompatibel sind.

3. InvG: Eintragung der Verfügungsbefugnis einer Kapitalanlagegesellschaft

Beschluss 30.06.2011, V ZB 200/10

InvG § 31 Abs. 1, § 76 Abs. 2

a)Die Verfügungsbefugnis einer Kapitalanlagegesellschaft nach § 31 Abs. 1 InvG ist jedenfalls als Teil des Zustimmungsvorbehalts nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 InvG eintragungsfähig.

b)In der Eintragung des Zustimmungsvorbehalts nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 InvG muss die Depotbank genannt werden.

4. SGB X, OEG, BVG: Geltung des Familienprivilegs bei Forderungsübergang

Urteil 28.06.2011, VI ZR 194/10

SGB X § 116 Abs. 6, OEG § 5 Abs. 1, BVG § 81a Abs. 1

Das Familienprivileg des § 116 Abs. 6 SGB X gilt auch für den Forderungsübergang gemäß § 5 Abs. 1 OEG, § 81a Abs. 1 Satz 1 BVG.

5. VOB/B: Ausgleichsanspruch bei Mengensteigerung im Pauschalvertrag

Urteil 30.06.2011, VII ZR 13/10

BGB §§ 133 B, 157 Ge, 313; VOB/B (2002) § 2 Nr. 7 Abs. 1

a)Inwieweit eine detaillierte Angabe im Leistungsverzeichnis einer funktionalen Ausschreibung (hier: Abbruch einer Klinik) dazu führt, dass sie die Pauschalierung der Vergütung begrenzt, ergibt die Auslegung des Vertrages. Die Auslegung kann auch ergeben, dass die detaillierte Angabe lediglich die Geschäftsgrundlage des Vertrages beschreibt.

b)Beschreibt der Auftraggeber in einem Pauschalvertrag Mengen oder die Mengen beeinflussende Faktoren (hier: Estrichstärke in einer Zulageposition), können diese zur Geschäftsgrundlage des Vertrages erhoben worden sein. Das kann insbesondere dann angenommen werden, wenn der Auftragnehmer davon ausgehen durfte, der Auftraggeber habe eine gewisse Gewähr für eine verlässliche Kalkulationsgrundlage geben wollen.

c)In diesem Fall kommt ein Ausgleichsanspruch nach § 2 Nr. 7 Abs. 1 VOB/B in Betracht, wenn sich eine deutliche Mengensteigerung ergibt. Wirken sich die von den irreführenden Angaben des Auftraggebers im Vertrag abweichenden Mengen derart auf die Vergütung aus, dass das finanzielle Gesamtergebnis des Vertrages nicht nur den zu erwartenden Gewinn des Auftragnehmers aufzehrt, sondern auch zu Verlusten führt, ist das Festhalten an der Preisvereinbarung häufig nicht mehr zumutbar. Auf eine starre Risikogrenze von 20 % der Gesamtvergütung kann nicht abgestellt werden.

6. BGB, WEG: Verjährung von Ansprüchen wegen Beschädigung des Gemeinschaftseigentums

Urteil 29.06.2011, VIII ZR 349/10

BGB § 548

Auf Schadensersatzansprüche der Wohnungseigentümergeinschaft gegen den Mieter einer Eigentumswohnung wegen Beschädigung des Gemeinschaftseigentums findet die Verjährungsvorschrift des § 548 Abs. 1 BGB keine Anwendung.

7. InsO, EGZPO: Streitschlichtung vor Klage auf Feststellung zur Insolvenztabelle

Urteil 09.06.2011, IX ZR 213/10

InsO § 180 Abs. 1 Satz 1, EGZPO § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, SchlG BW § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Die Zulässigkeit einer Klage, mit der ein Insolvenzgläubiger die Feststellung einer Forderung zur Insolvenztabelle betreibt, ist nicht von der vorherigen Durchführung eines Verfahrens der obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung abhängig.

8. BGB: Aufklärung der anlageberatenden Bank über Rückvergütung

Beschluss 19.07.2011, XI ZR 191/10

BGB § 280

- a) Zu Rückvergütungen, über die eine anlageberatende Bank einen Kapitalanleger aufklären muss (Bestätigung des Senatsbeschlusses vom 9. März 2011 - XI ZR 191/10, WM 2011, 925 Rn. 21 ff.).
- b) Zur Kausalität zwischen einer Aufklärungspflichtverletzung und dem Erwerb einer Kapitalanlage (Bestätigung des Senatsbeschlusses vom 9. März 2011 - XI ZR 191/10, WM 2011, 925 Rn. 33 ff.).
- c) Zur schuldhaften Verletzung der Pflicht der anlageberatenden Bank, über Rückvergütungen aufzuklären (Festhalten an Senatsbeschluss vom 29. Juni 2010 - XI ZR 308/09, WM 2010, 1694).
- d) Zur Haftung wegen falscher Darstellung einer Kapitalgarantie.

9. EGBGB: Gütertrennung bei Eheschließung auf Mauritius

Urteil 13.07.2011, XII ZR 48/09

EGBGB Art. 11 Abs. 1, 15 Abs. 1, 14 Abs. 1 Nr. 2; BGB §§ 1408, 1410

Zur Vereinbarung der Gütertrennung bei Geltung des deutschen Güterrechtsstatuts durch eine bei Eheschließung auf Mauritius gegenüber dem Standesbeamten abgegebene Erklärung zur Wahl des Güterstandes.

10. FamFG, ZPO: Meistbegünstigungsgrundsatz bei Anwendung falschen Verfahrensrechts

Beschluss 06.07.2011, XII ZB 100/11

FamFG § 63 Abs. 1, § 64 Abs. 1, ZPO § 621e Abs. 1, 3, § 517

Hat das Familiengericht seinen Beschluss in einer Umgangsrechtssache inhaltlich statt auf das gemäß Art. 111 FGG-RG fortgeltende frühere Recht fehlerhaft auf das neue Verfahrensrecht gestützt, wird die Beschwerdefrist nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung auch durch die Einlegung einer Beschwerde beim Amtsgericht gewahrt (im Anschluss an den Senatsbeschluss vom 6. April 2011 -XII ZB 553/10 -FamRZ 2011, 966).

11. FamFG, BGB: Bestellung eines Verfahrenspflegers bei Aufhebung der Betreuung

Beschluss 29.06.2011, XII ZB 19/11

FamFG §§ 276, 294; BGB § 1908 d

a) Ein Verfahrenspfleger ist im Betreuungsverfahren dann zu bestellen, wenn der Betroffene nicht mehr in der Lage ist, seinen Willen kundzutun bzw. einen freien Willen überhaupt noch zu bilden.

b) Die Bestellung eines Verfahrenspflegers ist im Verfahren auf Aufhebung der Betreuung grundsätzlich nur geboten, wenn tatsächliche Ermittlungen anzustellen sind. Das setzt wiederum greifbare Anhaltspunkte für eine Veränderung der tatsächlichen Umstände voraus, die der Betreuerbestellung zugrunde lagen (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 2. Februar 2011 XII ZB 467/10 - FamRZ 2011, 556 Rn. 10). Bei unveränderter Sachlage hätte die Bestellung eines Verfahrenspflegers einen rein formalen Charakter.

12. StGB: Zungenkuss als beischlafähnliche Handlung

Beschluss 14.04.2011, 2 StR 65/11

StGB § 176a Abs. 2 Nr. 1 E

Ein "Zungenkuss" ist in der Regel keine dem Beischlaf ähnliche Handlung im Sinne von § 176a Abs. 2 Nr. 1 StGB.

13. BNotO, BDG: Disziplinarverfahren gegen ausgeschiedenen Notar

Beschluss 18.07.2011, NotSt (Brfg) 1/11

VwGO § 124 Abs. 2, BNotO § 111d, § 96 Abs. 1 Satz 1, BDG § 32 Abs. 2 Nr. 2

a) Ob ein (dargelegter) Grund für die Zulassung der Berufung besteht, beurteilt sich nach der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Entscheidung des BerufungsgERICHTS über den Zulassungsantrag und nicht danach, ob das erstinstanzliche Gericht angesichts der aufgrund im Zeitpunkt seiner Entscheidung geltenden Rechtslage richtig entschieden hat.

b) Ist ein Notar aus seinem Amt ausgeschieden, muss ein gegen ihn laufendes und noch nicht rechtskräftig abgeschlossenes Disziplinarverfahren eingestellt werden.

14. VwGO, BNotO: Fortsetzungsfeststellungsklage in verwaltungsrechtlichen Notarsachen

Beschluss 18.07.2011, NotZ (Brfg) 10/10

BNotO § 111b Abs. 1 Satz 1

Für eine Fortsetzungsfeststellungsklage in verwaltungsrechtlichen Notarsachen genügt jedes aufgrund von vernünftigen Erwägungen nach Lage des Falls anzuerkennende Interesse rechtlicher, wirtschaftlicher oder auch ideeller Art. An der zu § 111 BNotO a.F. ergangenen restriktiveren Rechtsprechung des Senats wird nicht festgehalten, nachdem § 111b Abs. 1 Satz 1 BNotO n.F. uneingeschränkt auf die Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung, also auch auf § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO, Bezug nimmt.